

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Die Sächsische Elbzeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Bürgermeisters zu Bad Schandau, des Hauptzollamts Bad Schandau und des Finanzamts Sebnitz. Heimatzeitung für Bad Schandau mit seinen Ortsteilen Strau und Postelwitz und die Landgemeinden Altdorf, Gohdorf mit Kohlmühle, Kleinziehübel, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Porchdorf, Proffen, Rathmannsdorf mit Plan, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischjähre.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete, Bad Schandau, Bautenstr. 134. Fernsprecher 22. Postfachkonto: Dresden Nr. 33327. Gemeindegroßkonto: Bad Schandau Nr. 12. Geschäftszeit: wochentags 7/8-18 Uhr.

Die Sächsische Elbzeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis: monatlich frei Haus 1,85 RM. (einschl. Botengeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf., mit Illustrierter 15 Pf. Rückerscheine einzelner Nummern und Beilagen infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. berechtigt die Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Anzeigenpreise: Der Raum von 1 mm Höhe und 46 mm Breite kostet 7 Pf., im Textteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 22,5 Pf. Ermäßigte Grundpreise, Nachlässe und Beilagengebühren lt. Anzeigenpreiskliste. Erfüllungsort: Bad Schandau.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“ — „Das Unterhaltungsblatt“ — „Das Leben im Bild“
„Zum Wochenende“ — Illustrierte Sonntagsbeilage:

Nr. 270

Bad Schandau, Donnerstag den 19. November 1936

80. Jahrgang

Regierung Franco von Deutschland und Italien anerkannt

Der Geschäftsträger in Alicante abberufen

Nachdem die Regierung des Generals Franco vom größten Teil des spanischen Staatsgebietes Besitz ergriffen hat, und nachdem die Entwicklung in den letzten Wochen immer deutlicher gezeigt hat, daß in den übrigen Teilen Spaniens von der Ausübung einer verantwortlichen Regierungsgewalt nicht mehr die Rede sein kann, hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Regierung des Generals Franco anzuerkennen und zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen einen Geschäftsträger bei ihr zu bestellen. Der neue deutsche Geschäftsträger wird sich alsbald an den Sitz der Regierung des Generals Franco begeben. Der bisherige deutsche Geschäftsträger in Alicante ist abberufen worden. Der Geschäftsträger der früheren spanischen Regierung hat Berlin aus eigenem Entschluß bereits Anfang November verlassen.

Italien folgt dem Beispiel Deutschlands

Inzwischen hat auch die faschistische Regierung Italiens beschlossen, die Regierung des Generals Franco anzuerkennen und sofort einen Geschäftsträger zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu entsenden. Der gegenwärtige Geschäftsträger ist abberufen worden.

Mit der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in dem weitaus größten Teil Spaniens hat die nationale Regierung den Beweis erbracht, daß sie willens und auch fähig ist, dem bolschewistischen Schreckenregiment ein Ende zu machen. Alle aufbau- und ordnungsliebenden Elemente des spanischen Volkes haben sich um die Fahne Francos gesammelt und den Kampf gegen das rote Unternehmertum erfolgreich aufgenommen. Ein Volkswort nach dem anderen wird den Roten entrissen, und auch die Hauptstadt wird in kürzester Frist befreit sein. Ohne sich um das Schicksal der dem Terror der roten Milizen preisgegebenen Bevölkerung Madrids zu kümmern, hat sich die „Regierung“ Caballero schon vor Tagen aus dem Staube gemacht. Von einer verantwortlichen Regierungsgewalt kann also in dem von den Nationalisten noch nicht besetzten Teil Spaniens keine Rede mehr sein. Zudem Deutschland und Italien die Regierung Franco anerkannt haben, tragen sie der Entwicklung der Lage in Spanien Rechnung. Im Interesse der vielgeprüften Bevölkerung Spaniens wäre es zu wünschen, daß es der Regierung von Burgos so rasch wie möglich gelingen möge, den bolschewistischen Brand in der Südwestecke Europas endgültig zum Erlöschen zu bringen.

Berlin. Die drei Morgenblätter, die als einzige infolge des gestrigen Feiertages erschienen sind, würdigen eingehend die Bedeutung der Anerkennung der Regierung Francos durch Deutschland und Italien.

Unter der Überschrift „Notwendige Folgerungen“ schreibt Karl Pfeifer im „Völkischen Beobachter“ u. a.: Es ist mit der Würde und den einfachsten nationalen Verpfichtungen einer Regierung nicht zu vereinbaren, wenn sie einem System zur Aufrechterhaltung seiner Anerkennung nach außen hin verhelfen, das in Wirklichkeit über keine einzige Voraussetzung zu einer solchen Wertung mehr verfügt. In diese Lage hat sich Deutschland der sogenannten spanischen Regierung Caballero gegenüber versett gesehen und aus ihr die Folgerungen gezogen, die unserer Meinung nach eine pflichtbewusste Regierung aus ihr ziehen muß. Es gibt eine Grenze der Selbstachtung — wie für jeden einzelnen, so auch für einen Staat. Diese Grenze ist für Deutschland in dem Augenblick erreicht, wo deutsche Menschen, deutscher Boden und deutsches Eigentum trotz oder gerade wegen ausdrücklicher Kennzeichnung nicht mehr die Behandlung erfahren, die ihnen unserer Auffassung nach zukommen. Deutschland hat seit 1933 seine Politik auf Tatsachen und Wirklichkeiten gegründet in der Überzeugung, damit am besten einer notwendigen Zusammenarbeit zu dienen, die nur gedeihen kann, wenn auf allen Seiten der Wille zur Klarheit besteht. Im Sinne dieser Politik der Tatsachen hat Deutschland aus der Lage in Spanien die Folgerungen gezogen und jene Kräftegruppe anerkannt, die allein über eine wirkliche Autorität verfügt.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ heißt es: In der deutschen und italienischen Anerkennung der Regierung Francos kommt zum Ausdruck die Wirklichkeit, die seit geraumer Zeit aller Welt vertraut ist. Auf der einen Seite halten Franco und seine Nationalen den weitaus größten Teil Spaniens unbesritten unter ihrem Regiment, und niemand in der Welt bezweifelt, daß sie in Madrid Fuß gefaßt haben. Auf der anderen Seite ist ebenso unverkennbar die wachsende Niederlage und der völlige Zusammenbruch des Bolschewismus und dessen, was sich spanische „Regierung“ nannte und nichts war als der Exekutivausschuß

des Moses Rosenbergs. Das Blatt erinnert dann an die Ermordung von Deutschen in Spanien und die Beschlagnahme eines deutschen Verkehrsflugzeuges in Madrid und schreibt dazu: Es gab schlechterdings niemanden, der imstande gewesen wäre, auf die deshalb ergangenen deutschen Proteste zu antworten. Es gab einfach keine spanische Regierung mehr. Sie hatte sich ja selbst aufgegeben. Sie hatte nicht mehr so viel Kraft, den Vertretern der auswärtigen Mächte einen sicheren Aufenthalt zu bieten, und ihre eigenen Vertreter im Auslande gaben sich und ihre Sache gleichfalls auf. Es war ein staatsrechtliches Vacuum entstanden. Dieses auszufüllen, diesem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen, gab es nur eine Möglichkeit: Die Anerkennung der einzigen wirklichen Macht, die in Spanien sichtbar und wirksam war, d. h. der Regierung Franco. Deutschland und neben ihm Italien haben einem verlogenen Zustand durch die Anerkennung der Wahrheit und Wirklichkeit ein Ende gemacht.

Blutige Straßenkämpfe in Madrid

Muster-Gefängnis und Montana-Kaserne in Flammen

Nach den von der Madrider Front vorliegenden Meldungen haben die nationalen Truppen bei ihrem Angriff auf die Innenstadt weitere Fortschritte gemacht. Am frühen Dienstagnachmittag befanden sich die Nationalisten im Stadtviertel von Arguelles. Die nationalitischen Tanks rückten daraufhin bis zur Puerta Chapi vor. Beim Morgengrauen des Mittwoch begann sodann der weitere Vormarsch, und dauernd finden blutige Straßenkämpfe statt. Die Lage der Stadt wird von Stunde zu Stunde unhaltbarer. Sämtliche Eisenbahnlinien befinden sich in Händen der Nationalisten, und der einzige Ausweg, die Eisenbahnverbindung mit Valencia, liegt unter dem Feuer der Artillerie des Generals Franco.

Die heftige Beschließung der Widerstandsnester der Marxisten, die sich in zahlreichen Häusern und zum Teil in den geschichtlich berühmten Palästen der spanischen Hauptstadt verbarrikadiert haben, dauert unvermindert an. Gleichzeitig führen die nationalitischen Bombengeschwader fortgesetzt neue Luftangriffe auf die spanische Hauptstadt durch. Sie warfen auf mehrere Stadtteile schwere Bomben, die zahlreiche Explosionen und Brände verursachten. An der Puerta del Sol, einem der Hauptplätze Madrids, und in den Straßen der Innenstadt stehen mehrere Gebäude in Flammen. Auch die stärksten marxistischen Bollwerke im Nordwesten Madrids, das berühmteste sogenannte Muster-Gefängnis und die Montana-Kaserne, standen bei Sonnenuntergang in Flammen, was nicht nur auf die Granaten und Fliegerbomben der nationalen Truppen, sondern auch auf Dynamitpregnungen der Roten zurückzuführen war. Die Verluste der roten Horden werden allein am Dienstag auf 2000-3000 geschätzt.

Wie verlautet, konnten die Kolonnen des Oberleutnants Ascencio, des Majors Varron und des Majors Batoman den Manzanares überschreiten und sich jenseits der Segovia-Brücke und der Puente-del-Rey-Brücke festsetzen.

Nationaler Kreuzer beschließt katalanische Häfen

Wie das „Journal“ berichtet, ist der nationale Panzerkreuzer „Canarias“ vor dem Hafentädtchen Palamos an der katalanischen Küste erschienen und hat ein kleines spanisches Handelsschiff beschossen und zum Auslaufen gezwungen. Anschließend hat der Kreuzer die katalanischen Häfen Palafrugell und Escala beschossen.

Die nationale Regierung in Burgos hat die ausländischen Regierungen aufgefordert, ihre Schiffe aus dem Hafen von Barcelona zurückzuziehen, da die Burgos-Regierung eingeschlossen sei, mit allen Mitteln die Landung von Kriegsmaterial in diesem Hafen zu verhindern.

Margistischer Abgeordneter

beklagt sich über den Terror in Valencia

Note Anweisungen für den Straßenkampf in Madrid

Salamanca. Der Sender Burgos berichtet von einer politischen Versammlung in Valencia, in der sich ein sozialdemokratischer Abgeordneter bitter über die anarchitischen Zustände in der Provinzialhauptstadt beklagt, „die nicht vereinbar seien mit den Idealen, die vom Proletariat hochgehalten würden“.

Neuter zur Anerkennung der Franco-Regierung durch Deutschland und Italien

London. Die Wirkung der Anerkennung der Regierung des Generals Franco durch Deutschland und Italien auf die Arbeiten des Nichtmischungs-ausschusses wird in diplomatischen Kreisen Londons eingehend erörtert. In britischen Kreisen wird, wie Reuter erfahren hat, die Frage als rein akademisch angesehen. Der deutsche und der italienische Schritt würden die Politik des Nichtmischungs-ausschusses kaum ändern. Die Tatsache, daß früher allein die Madrider Regierung anerkannt gewesen sei, sei niemals als Einmischung als solche betrachtet und durch die Erklärung Deutschlands und Italiens werde vom Standpunkt des Nichtmischungs-ausschusses aus keine neue Lage geschaffen. Dienen Standpunkt werde England wahrscheinlich auch beibehalten, wenn die Sowjets die Angelegenheit vor den Ausschuss bringen sollten; mit anderen Worten: sie würden bei der britischen Regierung keine Unterstützung finden.

Paris und die Anerkennung der Francoregierung

Paris. Die Nachricht von der Anerkennung der Franco-Regierung durch die Reichsregierung und die italienische Regierung hat in Paris, obwohl sie an sich erwartet wurde, insofern überrascht, als man diese Anerkennung erst für den Zeitpunkt voraussah, wo die Truppen des Generals Franco Madrid eingenommen hätten. Im übrigen ist die Nachricht in Paris im allgemeinen ruhig aufgenommen worden.

Er berichtet, daß sich nachts niemand mehr auf die Straße wagen dürfe, da die roten Milizen vom Dunkelwerden bis zum Morgengrauen die Herrschaft in den Händen hätten und „strafwürdige Taten“ ausübten. Der Redner schloß die Ansprache mit dem Ausdruck des Entsetzens darüber, daß die „Regierung“ immer noch tatlos diesem Verbrechen zusehe.

Der gleiche Sender meldet, daß der rote „Verteidigungsausschuß“ von Madrid eine Verordnung herausgegeben habe, wonach jeder rote Milizsoldat die Verteidigungs- sowie Befestigungsmöglichkeiten seines Wohnhauses genau prüfen und das Ergebnis dem „Verteidigungsausschuß“ einreichen müsse. Gleichzeitig müsse jeder rote Milizsoldat die anderen Hausbewohner, die der roten Sache nicht treu ergeben sind, unverzüglich beim „Verteidigungsausschuß“ anzeigen. (1) Wer die Verordnung nicht genau befolge, werde als „Rebell“ betrachtet und dementsprechend bestraft.

Madrid im Feuer schwerer Artillerie

Front vor Madrid. Vom Sonderberichterstatter des R.A.) Auch am Dienstag dauerte die heftige Beschließung der Widerstandsnester der Marxisten unvermindert an. Von den Kämpfen in der Universitätsstadt zurückkehrende Verwundete berichteten, daß die Marxisten in jedem größeren Mietshaus zwei bis vier Maschinengewehre aufgestellt hätten. Das Vordringen in die Innenstadt kann daher nur Schritt für Schritt erfolgen. Eine wertvolle Hilfe leisten beim Vorgehen die Tankabteilungen, die für den Straßenkampf mit Flammenwerfern ausgerüstet worden sind.

In der Nacht zum Dienstag wurde der an dem Manzanares angrenzende, zwischen dem Bahnhof Delicias und der Toledostraße liegende südliche Stadtteil dreimal von nationalen Flugzeugen bombardiert. Die Maschinen warfen bengalische Fackeln ab, die die Stadt hell erleuchteten und das Signal für ein heftiges Feuer der nationalen Batterien waren. In den frühen Morgenstunden des Dienstag erfolgte dann ein Angriff der von Oberleutnant Varron befehligten Abteilung, die den Manzanares in der Nähe der gepregelten Toledostraße überschritt und in die Calle de Toledo vordrang. Um die Mittagszeit erfolgten zur gleichen Stunde an verschiedenen Stellen der Innenstadt außerordentlich starke Explosionen. Die Madrider Kommune sprengte angesichts des unaufhaltbaren Vordringens der nationalen Truppen die erste Gruppe der bereits vor langer Zeit mit Dynamit unterminierten Gebäude in die Luft.

Im übrigen wurde im Laufe des Dienstag von den Nationalisten vor allem schwere Artillerie eingesetzt. Ein 21-Zentimeter-Geschütz feuerte auf die Gegend westlich vom Nordbahnhof, um den dort stehenden roten Panzerzug unschädlich zu machen. Dieser Panzerzug verfügt nur noch über eine Gleislänge von etwa 500 Meter, da die Bahnlinie, die aus dem Kopfbahnhof herausführt, im Norden bei der Ueberführung über den Manzanares durch nationale Truppen abgeschnitten worden ist.

Aus Tanager verlautet, daß die Rekrutierung von Eingeborenen-Truppen in der spanischen Marokkzone ununterbrochen fortgesetzt werde. Man schätzt die Zahl der noch für die Spanienfront zur Verfügung stehenden Truppen in Marokko auf etwa 10 000, ungeachtet der etwa 30 000 Mann, die als Besatzungstruppen in Marokko zurückbleiben und die dem Friedenskontingent entsprechen.

Jose Perinoda Rivera ist vom roten Gericht in Alicante zum Tode, sein Bruder Miguel zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die beiden Verurteilten sind Söhne Primo de Riveras.

